



# WAS SOLL DENN ENTWICKLUNGSPOLITIK MIT MIGRANTEN ZU TUN HABEN?

Eine migrantische Perspektive zur Umsetzung der SDGs

Die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) in Deutschland scheint in den Händen von „weißen“<sup>1</sup> Menschen und Institutionen zu liegen. Nur wenige migrantische Organisationen und MigrantInnen begleiten die Umsetzung der SDGs aktiv mit. Noch weniger von ihnen werden dafür finanziell entlohnt. Woran liegt das? Fehlt uns als MigrantInnen der Zugang? Werden wir überhaupt als relevante PartnerInnen von den „Weißen“ gesehen? Dieser Artikel soll ein Impuls zu der Diskussion sein.

EINE LANGE Zeit wurde Entwicklungspolitik vom Globalen Norden gestaltet. So wurden auch postkolonialistische Zusammenhänge als stark diskriminierende Diskurse kaum dekonstruiert. Bis heute gibt es tiefsitzende diskriminierende Auffassungen in der Gesellschaft. MigrantInnen sind in diesem Diskurs vielfach von Mehrfachdiskriminierung betroffen.

So übernehmen MigrantInnen automatisch eine untergeordnete Rolle, auch in Deutschland. Es ist notwendig, mehr Selbstermächtigungsprozesse in den Migrantenselbstorganisation (MSO) anzustoßen. Immigrierte Menschen müssen über die psychologischen Auswirkungen, die eine Migration mit sich bringt, aufgeklärt werden. Ebenso sollten sie auf die Herausforderungen und auf strukturell bedingte Rollenzuweisungen hingewiesen und darin unterstützt werden, damit umzugehen, mehrere Identitäten in sich zu vereinen. Individuelles Empowerment gekoppelt mit gesellschaftlichem Verständnis der eigenen Position ist ein langwieriger Prozess. Viele Studien belegen, dass diese Prozesse zu informierteren Positionen und weniger rassistischen Haltungen in der ganzen Gesellschaft führen.

„Wir sehen in dem Feld der entwicklungspolitischen Arbeit einen wesentlichen Beitrag, die Frage, was eine postmigrantische Gesellschaft ist und welchen Herausforderungen es zu begegnen gilt, aktiv zu gestalten. Dies kann und muss ein wesentlicher Teil auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft sein, die gerade auch im

Globalen Norden ihre Verantwortung für die Ungleichheiten weltweit gemeinsam wahrnehmen muss.“ (Taheera Ameer, Amadeu Antonio Stiftung)

Seit 2011 beobachten wir eine immer deutlichere gesellschaftliche Veränderung: Rassismus und Antisemitismus begegnen uns im Alltag öfter und offener. Mit der Gründung und dem anschließenden Wahlerfolg der AfD bewahrheiteten sich unsere Befürchtungen: Frauenverachtende, rassistische und antisemitische Äußerungen wanderten auch in täglichen Erleben immer mehr in die Mitte der Gesellschaft.

Seit 2015 gibt es eine starke politische und gesellschaftliche Diskussion darüber, wie Deutschland die vielen neu angekommenen Menschen integrieren könne. Es wird über interkulturelle Öffnung gesprochen. Viele MigrantInnen, die schon seit Jahren in Deutschland leben oder hier geboren sind, werden mit einem neuen Phänomen – „wie fremd ich doch bin“ – konfrontiert. Viele MigrantInnen, die sich in Deutschland Zuhause gefühlt und Deutschland als Heimat bezeichnet haben, sind auf dem Weg ‚der Entbindung‘<sup>2</sup> von Deutschland.

## Zuschreibungen und Fehlannahmen

Hinzu kommt, dass es MigrantInnen und ihren Interessensvertretungen am Zugang zu Politik und Verwaltung mangelt. Wiederholt sind wir mit einer sehr fest umrahmten, rassistisch aufgeladenen Zuschreibung konfrontiert, die uns die gewählten politischen Felder und Themen absperrt. So hören wir zu unserer thematischen Aufstellung aus der

Verwaltung die Frage: „Was soll denn Entwicklungspolitik mit ‚Migranten‘ zu tun haben?“ auch die Unterstellung: „Frauenrechte, Kinderschutz und Entwicklungspolitik sind keine Themen, die hier für ‚Migranten‘ oder Geflüchtete vom Interesse sind. Da werden sie kaum jemanden freiwillig zu ihren Veranstaltungen bekommen.“ Wir sehen, dass wir durch das Besetzen der Themen im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen und Fachaustauschen deutlich machen konnten, dass dies eine falsche Annahme ist. Solche Zuschreibungen zeigen jedoch, dass viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist.

Entwicklungspolitik und die Umsetzung der SDGs ist für uns als MigrantInnen eine große Chance. Wir haben Unterdrückung, Verhaftung auch nah stehender Personen, Krieg, Ungleichheit, Armut und Hunger selbst erlebt. Wir wissen, wie es unseren Familien in unserer „Heimat“ geht. Schon deswegen erleben wir uns als MultiplikatorInnen sehr authentisch.

## Partizipation als Erfolgsstrategie

Partizipation ist das Kernstück demokratischer Gesellschaften. Nur wenige MigrantInnen und Geflüchtete erleben das. Es wird oft über die migrantische Gesellschaft gesprochen, nur selten mit ihr und noch seltener auf Augenhöhe. Eine Vertretung von MSO in den bestehenden Netzwerken, Ausschüssen und Institutionen wird zu einer solidarischen und weltoffenen Gesellschaft führen. Die Teilhabe der Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografie wird zu

neuen Ideen und zu mehr Kreativität führen. Die entwicklungspolitische Arbeit kann dadurch ein attraktiveres Image bekommen, das dringend nötig ist, um die SDGs umsetzen zu können. Nur durch eine solche Partizipation wird es möglich sein, die Zusammenhänge, aufgrund derer 70 Millionen Menschen auf der Flucht sind, zu verstehen.

Auch die gesamtgesellschaftliche Partizipation an der Umsetzung der SDGs wird schneller vorankommen, wenn wir MigrantInnen erlauben mitzumachen – nicht nur in Deutschland. Die Narrative, die durch die migrantische Gesellschaft getragen werden, wirken nachhaltig.

Partizipation heißt auch, die Prozesse des Neokolonialismus zu verändern. Neokolonialismus wird oft mit entwicklungspolitischer Arbeit in Verbindung gebracht. Viele rassistische Handlungen und Haltungen werden automatisch weitergegeben. Daher ist es uns wichtig, durch die SDGs auch an dem Thema Partizipation und strukturellem Rassismus zu arbeiten. Daher wollen wir Partizipation schon in Kitas fördern, die SDGs als Instrument nutzen, um die Gleichstellung und Gerechtigkeit für alle Menschen umzusetzen.

Auch gilt es, die Partizipation in der Politik zu fördern und MigrantIn-

nen und geflüchtete Menschen für das Thema Politik und Entwicklungspolitik zu motivieren. Es ist sehr sichtbar in der Praxis, dass viele MSO nicht wissen, was entwicklungspolitische Arbeit genau bedeutet. Eine entwicklungspolitische Kampagne für MSO wird notwendig sein. Das Thema „Entwicklungspolitik“ in viele Sprachen zu übersetzen, attraktiv zu beschreiben und die SDGs vorzustellen, wird ein langjähriger Prozess werden.

Schließlich sind wir davon überzeugt, dass Partizipation eine sehr starke präventive Wirkung hat, um Radikalisierungs- und Entbindungsprozesse zu verhindern. Nicht zuletzt entspricht dieser Punkt den SDGs.

### Was würde den MSO und MigrantInnen helfen?

Vor allem, dass migrantische Organisationen in Deutschland in die entwicklungspolitische Arbeit der Länder einbezogen werden, dass in den entwicklungspolitischen Institutionen eine Quotenregelung eingeführt wird, die die Partizipation überhaupt erst möglich macht, dass migrantische Organisationen Zugang zu den Fördermöglichkeiten der gängigen Programme bekommen, der bisher wegen hoher Kofinanzierung für MSO nie gegeben war (z. B. durch eine Art Solidaritätszuschlag).

Notwendig ist eine stärkere Einbindung in den Prozess der Erstellung bzw. Überarbeitung der Bildungsprogramme auf Länderebene zu Globalem Lernen und eine stärkere Vertretung in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, da dort bisher wenig Sichtbarkeit gewährleistet ist. Letztendlich muss über ein Wahlrecht für MigrantInnen ernsthaft diskutiert werden.

Als MSO fühlen wir uns verpflichtet, eine aktive Rolle in der entwicklungspolitischen Arbeit zu übernehmen und die SDGs breit in der Gesellschaft zu streuen und damit auch Rassismus und Rechtspopulismus entgegenzuwirken.

Durchgehend machen wir die Erfahrung von strukturellem Rassismus, d. h. Hürden, die oftmals wenig sichtbar sind. Gerade in der Unsichtbarkeit dieser Hürden für all diejenigen, die nicht negativ davon betroffen sind, liegt eine große Herausforderung und eine wesentliche Schnittstelle zwischen einem Gelingen der Umsetzung der SDGs und einer Verringerung des strukturellen Rassismus.



Jana Michael

Die Autorin arbeitet als interkulturelle Supervisorin und Beraterin zu Diskriminierungs- und Migrationsthemen. In Tschechien hat sie eine politische Frauenrechtsorganisation mitaufgebaut.

- 1 „Weiß“ meint hier nicht nur die Hautfarbe, sondern die Position in der Gesellschaft, die mit Privilegien verbunden ist.
- 2 Zum Begriff: T Özbek (2017): Wie lebt es sich als Kanake in Deutschland? Überlegungen zum Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit. In: Das Fremde in uns – Das Fremde bei uns. Band zur DVP-Herbsttagung.



© Mofida Ankir

Ob global, regional oder im Kiez: Um Ungleichheiten zu überwinden müssen alle Akteure gleichberechtigt zusammenarbeiten.





3/2019

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

**SPEZIAL** ZUM  
NACHHALTIGKEITSGIPFEL  
DER VEREINTEN NATIONEN

**GROSSE ZIELE, ABER KEIN PLAN.**  
WO STEHT DIE AGENDA FÜR  
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?